

## Liebe Leserinnen und Leser,

drei Themen beschäftigen mich aktuell stark. Da wäre zum einen die viel diskutierte EU-Impfbeschaffungsstrategie. Ich begrüße, dass Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, unserem Aufruf als Parlamentarier endlich gefolgt ist und öffentlich Stellung dazu nimmt. Nur eine offene und transparente Kommunikation schafft Vertrauen bei unseren Bürgerinnen und Bürgern. Nach wie vor stehe ich hinter der europäischen Strategie, Impfstoffe unterschiedlicher Hersteller gemeinsam zu beschaffen.



Das zweite aktuelle Thema sind die Proteste der Bauern gegen das neue Insektenschutzgesetz. Landwirtschaft und Naturschutz sind kein Widerspruch. Was wir brauchen, sind ein Ausgleich und ein sachorientierter Dialog. Was wir nicht brauchen, sind Ideologien und Wahlkampf-Gegacker. Das Höfesterben kann uns nicht gleichgültig sein. Wir wollen die Versorgung mit regional erzeugten Lebensmitteln stärken. Dafür brauchen unsere Landwirte Planungssicherheit und Perspektiven. Die Marktmacht des Handels kommt außerdem immer mehr in Schieflage. Die vier Großen bestimmen über 80 Prozent des Marktes. Der Rohstoffherzeuger Landwirt ist dabei das schwächste Glied in der Lieferkette. Er leidet zu oft an zu niedrigen Erzeugerpreisen. Deshalb ist die Umsetzung der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken (Marktstrukturgesetz) in der Bundespolitik überfällig.

Ich möchte Sie auf den online Kongress der Metropolregion Nürnberg STADTLANDBIO am 18. Februar hinweisen. Politische Vertreterinnen und Vertreter von EU, Bund, Ländern und Kommunen, darunter auch ich, werden über Agrar- und Ernährungspolitik sprechen. Im Fokus steht dabei die Farm-to-Fork-Ernährungsstrategie der EU und die Frage, welche Rolle dabei Städte, Gemeinden und Landkreise spielen.

Drittens und was uns alle niemals kalt lassen darf: Der Missbrauch von Kindern. Zwischen zehn und 20 Prozent der Kinder in Europa werden während ihrer Kindheit sexuell angegriffen. Wir dürfen nicht wegschauen! Kindesmissbrauch ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen. Gerade auf europäischer Ebene gibt es Handlungsbedarf. Als CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament setzen wir uns gemeinsam für einen besseren und wirksameren Schutz der Kinder ein. Für mich eine echte Herzensangelegenheit.

Diese und weitere Themen finden Sie in meinem aktuellen Newsletter. Ich wünsche Ihnen eine interessante und inspirierende Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen



## Mein Europa

### „Fork-to-Farm“ statt „Farm-to-Fork“: Keine Pauschalziele und mehr Verbraucheraufklärung

Wir, die Mitglieder des Agrarausschusses, diskutierten mit dem Umweltausschuss in einer gemeinsamen Sitzung den Berichtsentwurf der EU-Kommission zur Farm-to-Fork-Strategie. Ich sehe noch Verbesserungspotential und plädiere für eine „Fork-to-Farm“ statt „Farm-to-Fork“-Strategie. Meine vollständige Pressemeldung finden Sie [hier](#).

### „Nicht nur nette Worte, sondern Taten folgen lassen“ - Mein Appell an Frans Timmermans, Vize-Präsidenten der EU-Kommission

Auf der digitalen Veranstaltung [„Zukunftsfähig im Sinne des Green Deals? Die EU-Agrarreform auf dem Prüfstand“](#) diskutierte Frans Timmermans, Vize-Präsidenten der EU-Kommission, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Meine Antwort an Timmermans:

*„Sehr geehrter Herr Timmermans,*

*wenn Ihnen unsere Landwirte wirklich am Herzen liegen, dann zeigen Sie das nicht nur mit netten Worten, sondern mit guten Taten!*

*Darüber würden sich unsere Bäuerinnen und Bauern in Europa sehr freuen:*

- *Kooperation statt Konfrontation*
- *Gebote statt Verbote*
- *Innovationen statt Destruktion*
- *Lösungen statt Schuldzuweisungen*

*Wir müssen es schaffen Ökologie, Ökonomie und die soziale Dimension in der Waage zu halten! Nach meinem persönlichen Selbstverständnis ist das die Voraussetzung für zukunftsgerichtete Politik. Das sind wir auch unseren Verbraucherinnen und Verbrauchern im Sinne echter und ehrlicher Ernährungssouveränität schuldig.“*

### Wir brauchen gleichwertige Lebensverhältnisse für Stadt und Land

Wir als Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments haben uns mit dem Ausschuss der Regionen zur Entwicklung der ländlichen Regionen in der Europäischen Union ausgetauscht. Diskussionsgrundlage war die Initiative und die angekündigte Mitteilung der EU-Kommission, eine langfristige Vision für die Entwicklung des ländlichen Raums zu entwerfen. Ich begrüße die Bestrebung der Kommission, den ländlichen Raum zu stärken. Bayern kann dabei ein Vorbild sein.

Lesen Sie meine komplette Pressemeldung zum Thema [hier](#).

## EU-Impfstrategie

Zuletzt wurde gerade in Deutschland viel über die Rolle der EU beim Impfstoff-Kauf debattiert. Am Mittwoch hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Europaparlament eine ehrliche Analyse zur europäischen Impfstoff-Beschaffung abgegeben und klar benannt, dass nicht alles gut gelaufen ist.

Für CDU und CSU ist klar: Die europäisch koordinierte Impfstoffbestellung war richtig, aber bei der Produktion des Impfstoffs wurden wir von der Realität eingeholt. Die Nadelöhre sind bis auf weiteres die Produktionskapazitäten und Zulieferketten. Deshalb müssen alle Bemühungen auf die Produktion des Impfstoffs fokussiert werden und, wo möglich, Produktionsstätten auf die Herstellung von COVID-19-Impfstoffen umgestellt werden, gerade auch wegen der nun kursierenden Virus-Mutanten. Da die Mutationen noch gefährlicher sind, brauchen wir zudem ein Frühwarnsystem, damit Produktionskapazitäten und Lieferketten angepasst werden können. Es ist ebenso richtig, dass die EU-Kommission nun auch die Zulassungsverfahren von Corona-Impfstoffen beschleunigen will.

Wir sind sicher: Wir sind bei den Impfungen auf dem richtigen Weg, aber dieser Weg ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Mut machen aktuell die positiven Nachrichten aus Marburg, wo das BioNTech-Werk in Kürze die Impfstoff-Produktion aufnehmen wird.

## Corona-Hilfsfonds „NextGenerationEU“: Digitalisierung und Klimaschutz

Das Europaparlament hat den europäischen Wiederaufbaufonds gebilligt. Mit dem 672,5 Milliarden schweren Hilfsfonds sollen die Folgen der Corona-Pandemie in den Mitgliedstaaten abgemildert werden. Die so genannte Aufbau- und Resilienzfazilität ist das Herzstück und der größte Teil des 750 Milliarden Euro schweren Corona-Hilfsfonds „NextGenerationEU“. Die Mittel fassen sich aus Zuschüssen und Darlehen zusammen und sollen vor allem jenen Staaten helfen, die von der Krise am schwersten getroffen wurden. Zudem soll damit die europäische Wirtschaft modernisiert werden. Das Europaparlament konnte durchsetzen, dass 37 Prozent der Gelder sollen in jedem EU-Staat für Klimaschutz ausgegeben werden müssen, 20 Prozent für Digitalisierung.

Für CDU/CSU ist klar, dass der Wiederaufbaufonds ein Meilenstein zur Bewältigung der Jahrhundertkrise und ein Signal der Solidarität ist. Entscheidend ist, dass das Geld kriteriengebunden für nachhaltige Investitionen und Reformen verwendet werden muss und nicht einfach in die nationalen Haushalte zur Finanzierung der teilweise schon länger vorhandenen strukturellen Probleme fließen darf. Dass die Kontrollrechte des Europaparlaments über die Mittelvergabe allerdings nicht so umfänglich sind, wie von uns gefordert, ist bedauerlich. Die EU-Kommission muss bei der Prüfung der nationalen Aufbaupläne nun sicherstellen, dass die europäische Dimension des Programms berücksichtigt wird und ein europäischer Mehrwert entsteht.

## Aktionsplan Kreislaufwirtschaft

Recyceln statt wegwerfen: Das Europaparlament hat sich dafür ausgesprochen, die Kreislaufwirtschaft auszubauen. Nur so könnten Herausforderungen wie Ressourcenknappheit

und wachsende Müllberge gemeinsam angegangen werden, hieß es. Die Kreislaufwirtschaft sei hierfür von strategischer Bedeutung und leiste einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa und einer modernen Wirtschaft. Konkret sprachen sich die Abgeordneten für verbindliche Ziele aus, um den Materialverbrauch bis 2030 zu senken und Abfälle auf ein Minimum zu reduzieren. Auch der Designprozess von Produkten soll einbezogen werden, damit kaputte Einzelteile einfacher ersetzt werden können. Im vergangenen Jahr hatte bereits die EU-Kommission ihre Pläne für ein Wirtschaftsmodell mit weniger Müll dargelegt.

Durch eine Umstellung auf Reparaturen, Wiederverwendung oder Recycling wurden allein im Jahr 2016 fast 147 Milliarden Euro an Wertschöpfung generiert und Investitionen im Umfang von rund 17,5 Milliarden Euro getätigt. Die EU unterstützt schon seit Jahren Forscherinnen und Forscher, die an Lösungen für den ständig wachsenden Rohstoffbedarf arbeiten und der Industrie innovative Technologien für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft bereitstellen. Zudem haben sich bereits viele Unternehmen unter den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsplans aus dem Jahr 2015 auf den Weg zur Produktion nachhaltigerer Produkte gemacht. Diese Innovationskraft macht Europa zum weltweiten Vorreiter. Diese Rolle wollen wir ausbauen und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern.

## **Bericht und Debatte zur Politik der Europäischen Zentralbank mit Präsidentin Lagarde**

Die Politik der Europäischen Zentralbank war diese Woche Thema zum Auftakt der Sitzung des Europaparlaments. Gerade in der Coronakrise hat das entschlossene Handeln der EZB dazu beigetragen, die allgemeine wirtschaftliche Lage in Europa zu stabilisieren. Alleine werden aber die Mittel der EZB, also insbesondere die Steuerung der im Umlauf befindlichen Geldmenge, für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nicht ausreichen. Dafür braucht es strukturelle Reformen in den Mitgliedstaaten, die sich teils zu stark auf der Politik der EZB ausruhen. Die expansive EZB-Geldpolitik ist zwar derzeit richtig, aber man wird nicht unendlich frisches Geld in den Markt pumpen können. Der Auftrag der EZB ist weder Geld zwischen den EU-Mitgliedsstaaten umzuverteilen, noch sich als Investitionsbank für den Klimaschutz zu betätigen. Das Mandat der EZB ist die Geldwertstabilität. Dies darf nicht anderen politischen Zielen untergeordnet werden. Ein Erfolg von CDU und CSU ist die Zusage von EZB-Präsidentin Christine Lagarde, die Zusammensetzung des Warenkorb für die Inflationsberechnung zu überprüfen. Derzeit wird der Anteil der Immobilienpreise am Warenkorb zu wenig berücksichtigt, wodurch die reale Inflation, also die Verteuerungsrates, unterschätzt wird. Das setzt Fehlanreize in der Geldpolitik und hat zum Beispiel Folgen für den Immobilienmarkt. Die kontinuierlich steigenden Preise für Wohnimmobilien in den Ballungsräumen sind auch ein Ergebnis davon.

## **Lieferketten: Mehr Verantwortung für den Schutz von Menschenrechten und Umwelt**

Ende Januar stimmte der Rechtsausschuss über seine Position zu Sorgfaltspflichten europäischer Unternehmen in ihren Lieferketten ab. Hierzu erklärt Axel Voss (CDU), rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Verbindliche Sorgfaltspflichten sind ein wichtiger Schritt, damit Firmen in ihren Wertschöpfungsketten mehr Verantwortung in Bezug auf den Schutz von Menschenrechten und Umwelt übernehmen. Gleichzeitig schaffen wir mit einheitlichen Vorschriften in Europa gleiche Wettbewerbsbedingungen sowie Rechtssicherheit für alle Unternehmen.“

Unser Ziel ist es, sinnlose Bürokratie durch die umfangreiche Nachverfolgung von Wertschöpfungsketten, insbesondere für europäische KMU, zu verhindern. Nicht jedes Unternehmen ist in der Lage, jeden einzelnen seiner möglicherweise tausenden von Lieferanten zu kontrollieren. Wir setzen deshalb auf einen risikobasierten Ansatz. Hierbei sollen Unternehmen die Teile der Lieferkette bei der Prüfung priorisieren, bei denen ein hohes Risiko von z.B. Menschenrechtsverletzungen vorliegen könnte. Agiert ein Zulieferer innerhalb der EU und fällt damit selbst unter die Richtlinie, besteht keine Prüfpflicht. Auch KMU sollen nur dann unter die Richtlinie fallen, wenn sie in hochrisikobasierten Sektoren agieren. Diese sollen von der Kommission definiert werden.

Anstatt ein unausgewogenes strafrechtliches System zu schaffen, konnten wir ein zivilrechtliches Haftungssystem in Übereinstimmung mit nationalem Recht durchsetzen. Unternehmen sollten nur dann haften, wenn sie tatsächlich für den angerichteten Schaden verantwortlich sind.“

Hintergrund:

EU-Justizkommissar Didier Reynders hat einen Legislativvorschlag für ein europäisches Lieferkettengesetz noch für dieses Frühjahr angekündigt.

## Mein Mittelfranken

### Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale JETZT

Als EU-Parlament haben wir die Überarbeitung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) beschlossen. Es gilt jetzt einen Wandel anzustoßen, mit dem die Schiene zum Rückgrat eines intelligenten, nachhaltigen und sicheren Personen- und Güterverkehrs in der Europäischen Union werden kann. Unser Ziel muss es sein, Lücken zu schließen und Engpässe sowie technische Barrieren zu beseitigen

Lesen Sie [hier](#) die vollständige Pressemeldung.

## Herzensangelegenheiten

### Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch!

Die Zahlen sind erschreckend und alarmierend zugleich: Zwischen zehn und 20 Prozent der Kinder in Europa werden während ihrer Kindheit sexuell angegriffen. Haupttatort und Haupttäter sind oftmals Familienangehörige in den eigenen vier Wänden. Auch die gemeldeten Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet steigen. Für die Täter: ein paar Mausclicks. Für die Opfer: lebenslange körperliche und psychische Folgen.

Für mich ist Kindesmissbrauch eines der schlimmsten Verbrechen überhaupt. Als ehemaliges Mitglied des Medienrats in Bayern musste ich mich auch mit Kinderpornografie und damit schrecklichster sexueller Gewalt gegen Kinder

auseinandersetzen. Es ist kaum zu ertragen, was den Kindern widerfährt und wie sie anschließend von den Tätern einfach entsorgt und weggeworfen werden.

Wir dürfen nicht wegschauen! Wir dürfen diese Verbrechen nicht hinnehmen! Wir müssen jetzt handeln!

Unsere politische Aufgabe ist es, die Jüngsten besser zu schützen und die Täter effektiver und schneller zu verfolgen und vor Gericht zu bringen.

### **Datenschutz darf kein Täterschutz sein**

Kindesmissbrauch ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen. Gerade auf europäischer Ebene gibt es Handlungsbedarf. So brauchen wir zum Beispiel dringend Ausnahmen von der Datenschutzgesetzgebung. Online-Plattformen müssen weiterhin sexuellen Kindesmissbrauch aufdecken, melden und entfernen können. Datenschutz ist richtig und wichtig, er darf aber niemals zum Täterschutz werden. Auf EU-Ebene haben wir hier derzeit eine fatale Rechtslücke, wodurch die freiwillige Zusammenarbeit mit den Online-Kommunikationsdiensten unterbunden wurde. Mit der negativen Folge, dass Meldungen von sexueller Ausbeutung von Kindern seitdem um 46 Prozent zurückgegangen sind.

Des Weiteren muss die europäische Strafverfolgungsbehörde Europol dringend reformiert werden, damit die Zusammenarbeit mit Drittstaaten wirksamer erfolgen kann, gerade im Hinblick auf den Datenaustausch zu Kinderpornografie und deren perfiden Netzwerken.

Als CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament setzen wir uns für einen besseren Schutz von Kindern ein. Dabei ist uns wichtig, ein breites Bündnis an Unterstützern zu schaffen - von Europa über Bund und Länder zu Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen.

### **Die Auswirkungen von COVID-19 auf Jugendliche und Sport**

Kinder und Jugendliche wurden durch die Pandemie besonders hart getroffen. Das Europäische Parlament hat eine Entschließung verabschiedet, die die Rolle von Bildung und Sport für unsere Gesellschaft und vor allem die junge Generation besonders herausstellt.

Den kompletten Artikel lesen Sie [hier](#).

### **Pflanzenschutzmittel - Medikamente für unsere Feldfrüchte**

Bei der aktuellen Auseinandersetzung um das Insektenschutzgesetz geht es auch und wieder einmal um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. In der öffentlichen Wahrnehmung sind diese in Verruf. Ich vermisse einen sachlichen und fachlichen Dialog zur Thematik.

Wenn wir krank sind, nehmen wir Medikamente, um wieder gesund zu werden. Für Pflanzen gilt dasselbe. Die konventionelle Landwirtschaft setzt Pflanzenschutzmittel ein, um Feldfrüchte gesund zu erhalten und vor Schadinsekten oder beispielsweise vor Pilzkrankheiten zu schützen. Auch Biolandwirtschaft kommt nicht gänzlich ohne aus. Fachkundig und mit Augenmaß eingesetzt, haben Pflanzenschutzmittel (PSM) keine negativen Einflüsse auf Mensch und Umwelt. Die Zulassung der Wirkstoffe unterliegt in



Europa strengen Kriterien, den strengsten überhaupt weltweit. Es kommen nur Mittel auf den Markt, die eine aufwändige Prüfung bestehen.

Unsere Landwirte sind darüber hinaus fachkundig, ein Sachkundenachweis ist Pflicht. Sie wissen, wie Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden müssen, um die positive Wirkung auf die Ernte zu erhalten und negative zu vermeiden. Mithilfe der fortschreitenden Digitalisierung in der Landwirtschaft werden wir Pflanzenschutzmittel Schritt für Schritt noch punktgenauer ausbringen können und somit deren Einsatz noch weiter zurückschrauben.

Wir müssen auch wissen: Deutschland baut rund 80 Prozent seiner Agrarprodukte selber an, der Rest muss importiert werden. Die Erträge auf hohem Niveau zu halten, ist daher für unsere Ernährungssicherung entscheidend. Bei Obst und Gemüse liegen wir nur bei einem Versorgungsgrad von 30 Prozent.

Mir ist wichtig, dass bei jeder Diskussion rund um das Thema Pflanzenschutzmittel, diejenigen zu Wort kommen, die am nächsten an der Thematik sind: Unsere Bäuerinnen und Bauern. Eine rein ideologische Debatte halte ich für nicht zielführend.

Meine Tipps für Sie, um sich intensiver mit der Thematik auseinanderzusetzen, sind ein [SWR2 Radio-Interview](#) zwischen einem Agrar-Professor, einer Expertin für ökologischen Pflanzenschutz und einem Top-Agar Journalisten sowie die [Website der Agrartechnologie-Unternehmen Syngenta und Bayer](#).

## Lesenswert

### RTL/ntv-Trendbarometer: Union bleibt im Stimmungshoch

Trotz der Einschätzung vieler Medien, dass „das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik sinkt“ (so etwa der Tagesspiegel), bleibt die Union im Stimmungshoch. Würde der Bundestag heute schon gewählt, würden über 18 Millionen Wahlberechtigte (2,8 Millionen mehr als 2017) der CDU oder CSU ihre Stimme geben. 290 Abgeordnete (44 mehr als 2017) würde die Union im Bundestag stellen. Und die Union könnte in 283 der 299 Wahlkreise das Direktmandat gewinnen - nicht nur Bayern, sondern fast die gesamte Republik wäre „schwarz“.

#### **283 von 299 Direktmandaten für die Union**

Die politische Stimmung in Deutschland bleibt ungeachtet der Auseinandersetzungen über die Anti-Corona-Maßnahmen stabil. Im RTL/ntv-Trendbarometer bleibt die Union mit großem Vorsprung vor Grünen und SPD die stärkste politische Kraft der Republik. Für CDU/CSU, Grüne, SPD, AfD und die kleineren sonstigen Parteien ändert sich gegenüber der Vorwoche nichts. Die FDP gewinnt einen Prozentpunkt, die Linke verliert einen Prozentpunkt.

Wenn jetzt der Bundestag neu gewählt würde, könnten die CDU/CSU und die Grünen mit einem deutlichen Mandatsgewinn rechnen. Alle übrigen Parteien müssten sich auf einen Verlust von Parlamentssitzen einrichten. Nach den Ergebnissen des aktuellen RTL/ntv-Trendbarometers würden in den neuen Bundestag 723 Abgeordnete einziehen. Die Union würde 290 Sitze erobern, ein Plus von 44 Mandaten gegenüber der Bundestagswahl von 2017. Die Grünen könnten derzeit mit 147 Abgeordneten rechnen, ein Plus von 80 Mandaten. Die SPD würde mit 116 Abgeordneten in den Bundestag einziehen (minus 37 Sitze), die Linke mit 54 (minus 15), die FDP ebenfalls mit 54 (minus 26) und die AfD mit 62 (minus 32).

299 Bundestags-Abgeordnete werden direkt in den Wahlkreisen gewählt. Momentan könnten CDU und CSU mit 283 von 299 Direktmandaten rechnen. Nur 16 Direktmandate würden von den anderen Parteien gewonnen. Die übrigen derzeit errechneten 424 Parlamentssitze werden über die Landeslisten der Parteien mit entsprechenden Ausgleichs- und Überhangmandaten vergeben.

### **CDU/CSU 37, Grüne 19, SPD 15, Linke 7, FDP 7 und AfD 8 Prozent**

Auf die Parteien entfielen derzeit folgende Prozentanteile: CDU/CSU 37 Prozent (Bundestagswahl 32,9%), Grüne 19 Prozent (8,9%), SPD 15 Prozent (20,5%), AfD 8 Prozent (12,6%), Linke 7 Prozent (9,2%) und FDP 7 Prozent (10,7%). 7 Prozent würden sich für eine der sonstigen Parteien entscheiden (5,2%). Die Zahl der Nichtwähler und Unentschlossenen liegt mit 21 Prozent etwas unter dem Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2017 (23,8%).

**Kanzlerpräferenz: Söder und Laschet weiterhin vor Habeck und Scholz**

Wenn die Deutschen ihren Kanzler direkt wählen könnten, würde sich an ihren Präferenzen seit Wochen kaum etwas ändern. Wenn die Union den CSU-Chef Markus Söder als Kanzlerkandidaten gegen den Grünen-Chef Robert Habeck und den SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz ins Rennen schicken würde, wäre das Ergebnis wie in der Vorwoche: 37 Prozent für Söder, 18 Prozent für Habeck, 14 Prozent für Scholz. Wäre der CDU-Vorsitzende Armin Laschet der Unions-Kandidat, würden sich die Wahlberechtigten wie folgt entscheiden: 27 Prozent für Laschet (minus 1), 20 Prozent für Habeck (plus 1), 17 Prozent für Scholz (unverändert).

*Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)*

---

### **Kontakt:**

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.